

Baubeschreibung / Vorbemerkungen mit allgemeinen und technischen Angaben

Paket-Nr. 1

Projekt T.016085675

Bf Seddin Erneuerung Gleis 562 / 620

Projekt T.016085677

Bf Seddin Erneuerung Gleis 563 + GEA

Projekt T.016085679

Bf Seddin Erneuerung Weiche W 557

Projekt T.016084634

Bf Seddin Erneuerung Weichen W 426, 431, 432

DB InfraGO AG

Region Ost

Projektmanagement Oberbau und Ausrüstungstechnik (I.IA-O-P 321)

Granitzstraße 55-56

13189 Berlin

Inhaltsverzeichnis

A.	Projektübersicht	5
B.	Angaben zur Baustelle und Ausführung	7
0.1	Angaben zur Baustelle	7
0.1.1	Lage der Baustelle	7
0.1.2	Besondere Belastungen	7
0.1.3	Vorhandene Anlagen	8
0.1.3.1	Hindernisse und bauliche Anlagen der DB AG	8
0.1.3.2	Kabel und Leitungen Dritter	10
0.1.3.3	Angaben zur Strecke / zu den Strecken	10
0.1.3.4	Oberbau	11
0.1.4	Verkehrsverhältnisse auf der Baustelle	14
0.1.5	Freizuhaltende Flächen	14
0.1.6	bleibt frei	14
0.1.7	bleibt frei	14
0.1.8	Lage und Ausmaß dem AN überlassener Flächen	14
0.1.9	Baugrund	15
0.1.10	Bleibt frei	15
0.1.11	Bleibt frei	15
0.1.12	Besondere Vorgaben für die Entsorgung	15
0.1.13	Schutzgebiete oder Schutzzeiten	15
0.1.14	Schutzmaßnahmen	15
0.1.15	bleibt frei	15
0.1.16	bleibt frei	15
0.1.17	Hindernisse	15
0.1.18	Kampfmittel	15
0.1.18.1	Kampfmittelfreimessung	15
0.1.18.2	Gestellung Fachaufsicht für Kampfmittelräumung	16
0.1.19	Baustellenverordnung	16
0.1.20	Auflagen Dritter	16
0.1.21	bleibt frei	16
0.1.22	Vorarbeiten des AG	16
0.1.23	Arbeiten anderer Unternehmer	16
0.2	Angaben zur Ausführung	16
0.2.1	Bauablauf	16
0.2.2	Erschwernisse	18
0.2.3	Vorgaben aus dem SiGe-Plan	18

0.2.4	Sicherungsmaßnahmen (gem. DIN 18325 0.2.7).....	18
0.2.4.1	Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bauaffine Dienstleistungen – Durchführung durch AG	18
0.2.4.2	Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bauaffine Dienstleistungen – Durchführung durch AN	19
0.2.5	Kontaminierte Bereiche.....	19
0.2.6	Besondere Anforderungen an Baustelleneinrichtungen.....	19
0.2.7	Besondere Anforderungen an Gerüste	19
0.2.8	Mitbenutzung fremder Einrichtungen	19
0.2.9	Vorhaltung für andere Unternehmer	19
0.2.10	bleibt frei	19
0.2.11	bleibt frei	19
0.2.12	bleibt frei	19
0.2.13	Eignungs und Gütenachweise	20
0.2.13.1	Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial	20
0.2.14	Umgang mit aufarbeitungsfähigen Stoffen	21
0.2.15	Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen	21
0.2.15.1	Entsorgung durch den Auftraggeber / Zuführungskonzept	21
0.2.15.1.1	Entsorgungs- und Zuführungskonzept	22
0.2.15.1.2	Handhabung von Bodenaushub und Bauabfällen	23
0.2.15.1.3	Deklarationsanalytik	24
0.2.15.2	Entsorgung durch den Auftragnehmer / Zuführung	24
0.2.15.2.1	Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers	24
0.2.15.2.2	Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer	25
0.2.15.2.3	Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle	26
0.2.15.2.4	Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung	27
0.2.15.2.5	Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle	28
0.2.15.2.6	Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen	28
0.2.15.2.7	Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott.....	29
0.2.15.2.8	Haufwerksbildung und Bereitstellung	29
0.2.15.2.9	Deklarationsanalytik.....	30
0.2.15.2.10	Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen.....	31
0.2.15.2.10.1	Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren... ..	31
0.2.15.2.10.2	Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle	32
0.2.15.2.10.3	Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle	33
0.2.15.2.10.4	Einbaudokumentation gemäß Ersatzbaustoff-Verordnung	34

0.2.15.2.11	Abrechnung von Entsorgungsleistungen.....	34
0.2.15.2.12	Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen.....	35
0.2.16	Materialbeistellung durch Auftraggeber	36
0.2.17	Materialliefer- und Abfuhrplan	37
0.2.18	Leistungen für andere Unternehmer	37
0.2.19	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern	37
0.2.20	bleibt frei	38
0.2.21	bleibt frei	38
0.2.22	bleibt frei	38
0.2.23	Betriebliche Angaben (gem. DIN 18325 0.2.3 und 18325 0.2.5).....	38
0.2.24	Oberleitung (gem. DIN 18325 0.2.6)	38
0.2.25	Ausführung Bettungsarbeiten (gem. DIN 18325 0.2.16).....	39
0.2.26	Ausführung Rand- und Rangierwegarbeiten.....	39
0.2.27	Ausführung Planumsverbesserung.....	39
0.2.28	Ausführung Entwässerungseinrichtung	39
0.2.29	Arbeiten im Tunnel (gem. DIN 18325 0.1.6).....	39
0.2.30	Arbeiten an Signalanlagen.....	39
0.2.31	Arbeiten Rückstromführung, Bahnerdung, Potenzialausgleich	40
0.2.32	Gleis-/Bauvermessung und Lichtraummessung.....	40
0.2.32.1	Absteckung	40
0.2.32.2	Abnahmevermessung.....	40
0.2.32.3	Lichtraummessung (und Engstellendokumentation)	40
0.2.33	Ergänzende Ausführungsbestimmungen	41
0.3	Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV	43
0.4	Einzelangaben zu Nebenleistungen und besonderen Leistungen	44
0.4.1	Nebenleistungen	44
0.4.2	Besondere Leistungen	44
0.5	Technische Bearbeitung	44
0.5.1	Ausführungsunterlagen	44
0.5.2	Bestandsunterlagen und Dokumentation	44
0.5.3	Bauzeitenplan (Konkretisierung zu BVB 16.2).....	44

Alle Regelungen dieser Baubeschreibung/Vorbemerkungen sind bei der Preisbildung zu berücksichtigen.

A. Projektübersicht

Bauabschnitt Nr.:	Bezeichnung / Leistungsschwerpunkte
1.	Gleiserneuerung Gleis 562 / 620 km 32,082 – km 32,712 Gleiserneuerung W49-B70 2,4-1667: 549 m Bettungserneuerung: 549 m Schienenerneuerung: 2 x 23 m Schwellenwechsel W49-B70 2,4-1667: 7 m Anschlussstopfung: 15 m 2 x Weichen
2.	Gleiserneuerung Gleis 563 + GEA km 32,146 – km 32,477 Gleiserneuerung W49-B70 2,4-1667: 331 m Bettungserneuerung: 331 m Schienenerneuerung: 2 x 22 m Anschlussstopfung: 15 m 1 x Weiche
3.	Weichenerneuerung W557 km 32,612 – km 32,648 Weichenerneuerung: EW49-190-1:9-B einschl. Ausbinder und 3 x w10003 vor WA Gleiserneuerung W49-B70-1667: 14 m Bettungserneuerung: 14 m EW49-190-1:9-B Schienenerneuerung: 2 x 3 m Anschlussstopfung: 20 m
4.	Weichenerneuerung W426 km 33,568 – km 33,598 Weichenerneuerung: EW54-190-1:7,5-B einschl. Ausbinder und 3 x w10003 vor WA Gleiserneuerung W54-B: 21 m Bettungserneuerung: 21 m EW54-190-1:7,5-B Schienenerneuerung: 2 x 5 m Anschlussstopfung: 21 m
5.	Weichenerneuerung W431 km 33,609 – km 33,636 Weichenerneuerung: EW54-190-1:9-B einschl. Ausbinder und 3 x w10003 vor WA Gleiserneuerung W54-B: 3 m Bettungserneuerung: 3 m EW54-190-1:9-B Schienenerneuerung: 2 x 18 m Anschlussstopfung: 18 m

Bauab- schnitt Nr.:	Bezeichnung / Leistungsschwerpunkte
6.	Weichenerneuerung W432 km 33,636 – km 33,663 Weichenerneuerung: EW54-190-1:9-B einschl. Ausbinder Bettungerneuerung: EW54-190-1:9-B Schienenerneuerung: 2 x 14 m Anschlussstopfung: 32 m

B. Angaben zur Baustelle und Ausführung

0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustelle

Bundesland: Brandenburg
Landkreis: Potsdam-Mittelmark
Gemeinde: Neuseddin
Bahnhof: Bf Seddin / GI 562, 620, 563 / W557

Lage des Bahnkörpers:

- geländegleich

An den Baubereich grenzen:

- Der Baubereich befindet sich im Bahnhof Seddin.

Zugangsmöglichkeiten zu den Arbeitsstellen:

- Zugang besteht feldseitig vom DB-Cargo Gebäude, sowie über die vorhandenen Dienstwege

Aufgleisungsmöglichkeiten:

- Das Ein- und Aussetzen erfolgt in den Betriebsüberwegen im Rbf Seddin

Das Ein- und Aussetzen erfolgt in einer einzurichtenden Eingleisstelle.

Das Ein- und Aussetzen darf nur erfolgen, wenn der Fdl zugestimmt hat.

Wenn das Zweiegefahrzeug beim Ein-, Aus- oder Umsetzen in das Regellichtraumprofil benachbarter Gleise gelangen kann, muss hierfür die gesonderte Zustimmung des Fdl und des Technischen Berechtigten vorliegen.

Falls erforderlich, sind betroffene Gleise vor der Zustimmung durch den Fdl zu sperren.

Der Fahrzeugführer des Zweiegefahrzeuges hat sich vor dem Einsatz über die Standorte der Gleisschaltmittel und PZB-Magnete sowie Abdeckhauben von ELP und Verschluss-fachabdeckungen im Einsatzbereich zu informieren bzw. ist nachweislich zu unterweisen. Im Bereich dieser Anlagenteile ist das Zweiegefahrzeug beim Überfahren anzuheben, so dass durch die Zwillingsreifen keine Schäden verursacht werden.

Müssen Kabeltrassen überfahren oder gequert werden, sind diese lastfrei zu überbauen.

0.1.2 Besondere Belastungen

Keine Belastungen aus Immissionen sowie aus besonderen klimatischen Bedingungen.

0.1.3 Vorhandene Anlagen

0.1.3.1 Hindernisse und bauliche Anlagen der DB AG

An dieser Stelle wird auf die besondere Sorgfaltspflicht des AN hingewiesen, sich mit den oben genannten Hindernissen und baulichen Anlagen **vor Beginn** der Bauarbeiten vertraut zu machen.

Kabeltiefbau

Im Baufeld sind Kabelkanäle und Kabelquerungen zu den ausrüstungstechnischen Anlagenteilen vorhanden. Es ist im gesamten Baufeld außerdem mit unterirdischen Kabeltrassen und Stichkabeltrassen zu rechnen.

Gleis 562/620

- km 32,094 Hohlschwelle – sichern, kein bauzeitlicher Ausbau
- km 32,349 KK Gr. I i.F.; orthigonal zur Gleisachse

Gleis 563

- km 32,171 Hohlschwelle – sichern, kein bauzeitlicher Ausbau

Weichen 426, 431, 432

- km 33,557 – km 33,609 KK Gr. III i.F.; bahnlinks
- km 33,609 – km 33,630 aufgeständerter GFK-Kabelkanal, bahnlinks
- km 33,630 – km 33,670 KK Gr. III i.F.; bahnlinks

Hochbauten

Gleis 562/620 und 563

- km 32,160 – km 32,460 Laderampe, ca. 35-40 cm von Schwellenkopf entfernt

Ingenieurbauwerke

Gleis 562/620

- km 32,630 – km 32,640 EÜ Kunnersdorfer Straße (keine BR im Bereich EÜ)

Bahnübergänge

Gleis 562/620

- km 32,472 – km 32,480 BÜ – GTP, keine Arbeiten vorgesehen
- km 32,691 Aus/-Einbau Dienstweg, GFK-Gitter, gelb, b= 1,0 m

Gleis 563

- km 32,188 – km 32,193 Plattenüberweg Rückbau (2 x 2 Randplatten, 2 Mittelplatten)
- km 32,377 – km 32,379 Plattenüberweg Rückbau (2 x 1 Randplatten, 1 Mittelplatte)

Weichen 426, 431, 432

- km 33,668 Aus/-Einbau 2 x Dienstweg, GFK-Gitter, gelb, b= 1,0 m

Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Im Baubereich befinden sich sicherungstechnische Anlagenteile (Weichenstelleneinrichtungen, PZB, etc.). Die vorhandenen Isolierstöße werden neu als S-Stoß (verstärkt) an gleicher Stelle wieder eingebaut.

Gleis 562/620

- km 32,107 ISO linke Schiene
- km 32,661 ISO linke Schiene
- km 32,714 2x ISO

Gleis 563

- km 32,160 2x ISO
- km 32,228 ISO rechte Schiene

Weiche 426

- km 33,535 2 x ISO; WV W381-W426
- km 33,554 2 x ISO; WV W381-W426
- km 33,566 2 x ISO; WV W425-W426
- km 33,579 2 x ISO; Stammgleis
- km 33,603 2 x ISO

Weiche 431

- km 33,629 ISO links; jeweils in Stamm- und Zweigggleis
- km 33,659 2 x ISO; WV W431-W436

Weiche 432

- km 33,656 ISO links; jeweils in Stamm- und Zweigggleis
- km 33,665 2 x ISO; WV W432-W433
- km 33,685 2 x ISO; Stammgleis

Für die Durchführung der Weichenerneuerung sind alle im und am Baugleis befindlichen LST- Anlagen zu demontieren, sicher zu lagern und wieder fachgerecht zu montieren bzw. zu erneuern (Leistung AG).

Für das Einrichten des Bauzustandes sind die notwendigen sicherungstechnischen Planungen durchzuführen (Leistung AG).

Anlagen der Elektrotechnik (EM)

Die Weichen 426, 431 und 432 sind mit Oberleitungen (16 2/3 Hz) überspannt. Die Weichen sind zudem mit elektrischer Weichenheizung ausgerüstet.

Die elektrotechnischen Anlagenteile (insbesondere Erdungen) sind vor der Erneuerung auszubauen und anschließend wieder einzubauen bzw. zu erneuern.

Im Baubereich befindliche Mast- und Bauwerkserden sind zu erneuern (Leistung AG).

Die Oberleitung ist zu regulieren (nach Gleisumbau und nach Belastungsstopfgang) (Leistung AG).

0.1.3.2 Kabel und Leitungen Dritter

Lage und Art der der DB AG bekannten Kabel und Leitungen Dritter:

0.1.3.3 Angaben zur Strecke / zu den Strecken

	Weiche W426	Weichen W431, W432	Gleise 562, 563, 620 u. W557
Streckenstandard	G120		R120
Streckenklasse	D4		D4
Streckenbelastung [Lt/d]	> 10.000 bis < 19.999	≥ 30.000	< 10.000 Lt/d
Geschwindigkeit	40 km/h		40 km/h
Achslastaufnahme	22,5 t		22,5 t
Längenbezogene Lastaufnahme	8,0 t/m		8,0 t/m

0.1.3.4 Oberbau

Gleis 562 ,620 und W557 (Stationierung Strecke 6119)

km			Oberbauanordnung	Leistung			Bemerkung	
von	-	bis	vorh./ neu	Art	Menge	Ein heit		
32,047	-	32,074	EW49-190-1:9-H -					GI 562
32,074	-	32,082	K49-Hh-1538 -	Stopfen SiE	2x	8 m		
32,082	-	32,151	K49-Hh-1538 W49-B70 2,4-1538	GE		69 m		
32,151	-	32,352	K49-BS65-1538 W49-B70 2,4-1538	GE		201 m		
32,352	-	32,387	KS54-BS66-1538 W49-B70 2,4-1538	GE		35 m		
32,387	-	32,454	K49-BS65-1538 W49-B70 2,4-1538	GE		67 m		
32,454	-	32,457	K49-BS65-1538 W49-B70 2,4-1538	SW		3 m		
32,457	-	32,472	W54-B90-1667 -			15 m		
32,472	-	32,480	GTP -			8 m		
32,480	-	32,495	W54-B90-1667 -			15 m		
32,495	-	32,499	K54-BS65-1538 W49-B70 2,4-1538	SW		4 m		
32,499	-	32,612	K49-BS65-1538 W49-B70 2,4-1538	GE		113 m		
32,577	-	32,594	W49-B70-1538 -	Stopfen		17 m		W557
32,594	-	32,597	W49-B70-1538 -	Stopfen SiE	2x	3 m		
32,597	-	32,611	KS49-Hh-1538 W49-B70-1538	GE		14 m		
32,611	-	32,619	KS49-Hh-1538 W49-B			8 m		
32,612	-	32,614	K49-BS65-1538 W49-B	WE		2 m	Stammgleis	
32,614	-	32,619	K49-Hh-1538 W49-B	WE		5 m		
32,619	-	32,646	EW49-190-1:9-H EW49-190-1:9-B	WE		27 m	W557	
32,646	-	32,648	K49-Hh-1538 W49-B	WE		2 m		
32,648	-	32,712	K49-Hh-1538 W49-B70 2,4-1538	GE		64 m		GI 620
32,712	-	32,727	W54-B90-1667 -	Stopfen SiE		15 m		
32,727	-	32,734	W54-B -	Stopfen		7 m		
32,734	-	32,761	EW54-190-1:9 -			27 m	W401	

Gleis 563 (Stationierung Strecke 6119)

km			Oberbauanordnung	Leistung			Bemerkung
von	-	bis		Art	Menge	Einheit	
32,097	-	32,124	EW49-190-1:9-B -		27	m	W553 GI 563 Einbauraum Bremsprellbock Typ 1024
32,124	-	32,131	W49-B -	Stopfen SiE	7	m	
32,131	-	32,146	W49-B90-1667 -	Stopfen SiE	15	m	
32,146	-	32,154	K49-Hh-1538 W49-B70 2,4-1538	GE	8	m	
32,154	-	32,461	K49-BS65-1538 W49-B70 2,4-1538	GE	307	m	
32,461	-	32,469	K49-BS65-1538 W49-B70 2,4-1538	GE	8	m	
32,469	-	32,476	- W49-B70 2,4-1538	GE	7	m	

Gleisabschluss

Für Gleis 563 wird ein neuer Bremsprellbock für folgende Eingangsgrößen vorgesehen:

- Art der Fahrten: Rangierfahrten
- Aufprallgeschwindigkeit: $v = 2,8 \text{ m/s}$
- Anprallmasse im Regelfall: 1140 t
- $E_{\text{kin}} = 6703 \text{ kJ}$

Entsprechend Ril 800.0113 wird folgender Bremsprellbock vorgesehen:

- Bremsprellbock Typ 16Z2
- Prellbockklasse 3, Fußlänge 4 m
- Zusatzbremsen: 2 x 0,5 m (Abstand) + 2 x 0,5 m (Stücklänge) = 2 m
- Bremsweg 9 m
- Einbauraum: 4 m (Fußlänge) + 2 m (Zusatzbremsen) + 9 m (Bremsweg) = 15 m
- Gleisverstärkung GV3 mit Stahlträgern
Beginn 3,50 m vor Prellbock bis Ende Bremsweg

Damit sich die Nutzlänge des Gleises nicht verringert, wird das Gleis um 7 m verlängert. Der Gleisabschluss wird bei km 32,462 eingebaut.

Weiche 426 & 431 (Stationierung Strecke 6124)

km			Oberbauanordnung	Leistung				Bemerkung		
von	-	bis	vorh./ neu	Art	Menge	Ein heit				
33,529	-	33,545	KS54-Hh -	Stopfen		16	m	Zweiggleis		
33,545	-	33,548	KS54-Hh -	Stopfen SiE	2x	3	m			
33,548	-	33,568	KS54-Hh W54-B	WE		20	m			
33,555	-	33,557	W54-B -	Stopfen SiE	2x	2	m			Stamm- gleis
33,557	-	33,568	KS54-Hh W54-B	WE		11	m			
33,568	-	33,698	EW49-190-1:7,5-H EW54-190-1:7,5-B	WE		30	m			W426
33,698	-	33,609	KS54-Hh W54-B	WE		11	m	WV W426 -W431		
33,609	-	33,636	EW49-190-1:9-H EW54-190-1:9-B	WE		27	m	W431		Zweiggleis
33,636	-	33,643	KS49-Hh W54-B	WE		7	m	Stamm- gleis		
33,643	-	33,661	W49-B W54-B	Stopfen SiE	2x	18	m			
33,636	-		EW49-190-1:9-H EW54-190-1:9-B	WE				WA W432		

Weiche 432 (Stationierung Strecke 6119)

km			Oberbauanordnung	Leistung			Bemerkung		
von	-	bis	vorh./ neu	Art	Menge	Ein heit			
33,636	-	33,663	EW49-190-1:9-H EW54-190-1:9-B	WE		27 m	W432		Zweiggleis
33,663	-	33,670	KS49-Hh W54-B	WE		7 m			
33,670	-	33,673	W54-B90-1667 -	Stopfen SiE	2x	3 m			
33,673	-	33,686	W54-B90-1667 -	Stopfen		13 m			
33,686	-	33,690	W54-B70-1667 -	Stopfen		4 m			
33,663	-	33,669	KS49-Hh W54-B	WE		6 m			
33,669	-	33,681	W49-B W54-B	Stopfen SiE		12 m			
33,681	-	33,708	EW54-190-1:9-B -	Stopfen		27 m	W433		
33,708	-	33,715	W54-B -	Stopfen		7 m	Ausbinder W433		
33,715	-	33,726	W54-B -	Stopfen		11 m			

0.1.4 Verkehrsverhältnisse auf der Baustelle

Siehe auch Betriebliche Regelungen siehe Punkt 0.2.23

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

0.1.5 Freizuhaltende Flächen

Bleibt frei

0.1.6 bleibt frei

0.1.7 bleibt frei

0.1.8 Lage und Ausmaß dem AN überlassener Flächen

Baustelleneinrichtungsflächen, Lagerplätze, Montageflächen, Abstellmöglichkeiten und sonstige Flächen werden seitens der DB Netz AG nicht zur Verfügung gestellt. Diese sind gemäß Technologie des AN eigenverantwortlich zu organisieren.

Folgende Flächen können angefragt werden:

- Bf Seddin, alte Ladestraße Gleis 548

Der AN ist Betreiber dieser Flächen.

Der AN hat die genutzten Flächen entsprechend des Urzustandes wiederherzustellen.

Durch den AN sind u.a. folgende Dokumentationen durchzuführen und dem AG zu übergeben:

- Dokumentation des Ist-Zustandes vor Inbetriebnahme
- Laufende Dokumentationen während des Betriebes
- Dokumentation des Zustandes nach Wiederherstellen der genutzten Flächen

Soweit der AN weitere Flächen als der vom AG zugewiesenen Flächen zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (z. B. 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z. B. Bescheid) vorzulegen. Ferner hat der AN für die Flächen ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen. Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.3 „Nutzung fremden Geländes“ der BVB:

Der AN hat unaufgefordert, spätestens bis zur Abnahme, die Bescheinigungen gem. den Regelungen der Besonderen Vertragsbedingungen zu diesem Punkt beizubringen.

(min. Übergabeprotokoll und Rücknahmeprotokoll)

0.1.9 Baugrund

Der Baugrund im Umbaubereich wurde nicht untersucht. Es sind keine Arbeiten im Untergrund vorgesehen. Das freigelegt Planum ist nach zu verdichten.

0.1.10 Bleibt frei

0.1.11 Bleibt frei

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.15 beschrieben.

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten

Bleibt frei

0.1.14 Schutzmaßnahmen

Bleibt frei

0.1.15 bleibt frei

0.1.16 bleibt frei

0.1.17 Hindernisse

Siehe 0.1.3

0.1.18 Kampfmittel

0.1.18.1 Kampfmittelfreimessung

Es liegt eine Luftbildauswertung von 2025 vor (siehe Anhang).

0.1.18.2 Gestellung Fachaufsicht für Kampfmittelräumung

Die Gestellung durch den AN

Die Gestellung einer baubegleitenden Fachaufsicht für Kampfmittelräumarbeiten, die den Vorgaben gemäß SprengG, insbesondere § 20 SprengG entspricht, obliegt dem AN.

Sollten Kampfmittel gefunden werden, ist zwingend das jeweilige Länderrecht bzgl. Räumung zu beachten.

Es ist eine Dokumentation anzufertigen, aus der sich der Bergungsablauf der Kampfmittelräumung und die erbrachten Leistungen ergeben.

0.1.19 Baustellenverordnung

Für die Baustelle ist kein Koordinator (Gestellung durch AG) nach der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung) bestellt.

0.1.20 Auflagen Dritter

keine besonderen Anmerkungen

0.1.21 bleibt frei

0.1.22 Vorarbeiten des AG

Durch den AG wurden keine Vorarbeiten veranlasst

0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer

Siehe 0.2.1

0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Bauablauf

GE Gleis 563

Bauzeit: 17.04.2026, 06:00 Uhr – 24.04.2026, 06:00 Uhr

Sperrung: Gleis 563 vom Grenzzeichen Der W553 bis zum GEA
Gleis 564 vom Grenzzeichen der W557 bis zum GEA

Sperrbereichserweiterung: Gleis 565 vom Grenzzeichen der W551 bis Signal 565 II
17.04.2026: 06:00 Uhr – 12:00 Uhr

23./24.04.2026: 00:00 Uhr – 06:00 Uhr
SG 188

GE Gleis 562/620 und WE 557

Bauzeit: 24.04.2026, 06:00 Uhr – 04.05.2026, 06:00 Uhr

Sperrung: Gleis 562/620 vom Grenzzeichen W552 bis zum Grenzzeichen W401
Gleis 561 vom Grenzzeichen W552 bis zum GEA
Gleis 564 vom Grenzzeichen W557 bis zum GEA
Ausschaltung der SG 97b

Sperrbereichserweiterung: Gleis 407 vom Grenzzeichen W401 bis GEA
24.04.2026: 06:00 Uhr – 14:00 Uhr
03./04.05.2026: 00:00 Uhr – 06:00 Uhr

Gleis 296 vom Signal 296I bis WA W410
24.04.2026: 06:00 Uhr – 09:00 Uhr
04.05.2026: 03:00 Uhr – 06:00 Uhr
Ausschaltung der SG 97a+b

WE Weichen 426, 431, 432

Bauzeit: 05.05.2026, 06:00 Uhr – 12.05.2026, 21:00 Uhr

Sperrung: Gleis 446-448 vom Signal C446/C447/448 bis Signal 435 II
Gleis 355 vom Signal 355 II bis WA W368
Ausschaltung der SG 7, 17, 157b

Sperrbereichserweiterung: Gleis 358 vom Grenzzeichen W380 bis Grenzzeichen W461
05.05.2026: 06:00 Uhr – 09:00 Uhr
12.05.2026: 18:00 Uhr – 21:00 Uhr
Ausschaltung der SG 157a

Vom C450/C449/C448/C447/C446/C445 bis WA W446
04.05.2026, 23:00 Uhr – 05.05.2026, 06:00 Uhr
11.05.2026, 23:00 Uhr – 12.05.2026, 06:00 Uhr
Ausschaltung der SG 707, 727

Abhängigkeit von Leistungen anderer

Zeiten für Fachdiensttätigkeiten:

Beim Bauablauf sind folgende Zeiten für zeitparallele Begleitarbeiten des AG bzw. notwendige Fachdiensttätigkeiten des AG oder Dritter, insbesondere LST und E-Dienst, frei zu halten, wie folgt:

Fachdienst	Bauanfang	Bauende	Abschnitt
LST	von 17.04.2026, 06:00 Uhr bis 17.04.2026, 10:00 Uhr	von 24.04.2026, 00:00 Uhr bis 24.04.2026, 06:00 Uhr	GI 563
	von 24.04.2026, 06:00 Uhr bis 24.04.2026, 12:00 Uhr	von 04.05.2026, 22:00 Uhr bis 05.05.2026, 06:00 Uhr	GI 562/620 W557
	von 05.05.2026, 06:00 Uhr bis 05.05.2026, 14:00 Uhr	von 12.05.2026, 12:00 Uhr bis 12.05.2026, 21:00 Uhr	W426, W431, W432
EM	von 17.04.2026, 06:00 Uhr bis 17.04.2026, 12:00 Uhr	von 24.04.2026, 00:00 Uhr bis 24.04.2026, 06:00 Uhr	GI 563
	von 24.04.2026, 06:00 Uhr bis 24.04.2026, 09:00 Uhr	von 04.05.2026, 03:00 Uhr bis 04.05.2026, 06:00 Uhr	GI 562/620 W557
	ab 05.05.2026, 06:00 Uhr	ab 12.05.2026, 18:00 Uhr	W 426, 431, 432
LST	Baubegleitende Montagearbeiten sind zu beachten		alle
EM	Einbau Erdung nach Baufortschritt in Absprache mit AN Bau		alle

Für zeitparallele Fachdiensttätigkeiten des AG stehen die vorgenannten Zeiten dem AN nicht für die Ausführung von Leistungen zur Verfügung, die nutzbare Sperrzeit reduziert sich gemäß gemäß der in der Tabelle genannten Zeiten entsprechend.

Gleichzeitig hat der BauAN seine Bauarbeiten so zu planen, dass keine zusätzlichen/geänderten Einsätze der Fachdienste des AG, als die oben genannten, notwendig werden.

0.2.2 Erschwernisse

Siehe 0.1.3

Bei einem Einsatz von mobilen und stationären Baukränen, Betonpumpen, Hubsteigern und ähnlichem an bzw. in der Nähe von Anlagen der Infrastrukturbetreiber ist eine Krananweisung abzuschließen. Gilt nicht für Schienenkrane.

0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.4 Sicherungsmaßnahmen (gem. DIN 18325 0.2.7)

0.2.4.1 Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bauaffine Dienstleistungen – Durchführung durch AG

Die Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Eisenbahnbetrieb wird durch den AG (BzS) festgelegt.

Festgelegte Sicherungsmaßnahmen:

- Arbeiten an den Gleisen 562/620
FA am Gleis 276/296
Auf- und Abbau erfolgen durch den AG

0.2.4.2 Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bau- affine Dienstleistungen – Durchführung durch AN

Der AN hat folgende Sicherungsleistungen zu erbringen:

- Lieferung und Vorhaltung von Sh 2 – Signalen entsprechend der Sicherungsplanung / Betra-
Lageplan

0.2.5 Kontaminierte Bereiche

bleibt frei

0.2.6 Besondere Anforderungen an Baustelleneinrichtungen

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.10 bleibt frei

0.2.11 bleibt frei

0.2.12 bleibt frei

0.2.13 Eignungs und Gütenachweise

0.2.13.1 Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial

Regelung gültig seit 01.08.2023 - Umweltverträglichkeit auf Basis der Klassifizierung nach Ersatzbaustoffverordnung (EBV) bzw. BBodSchV

Der AN wird auf das Inkrafttreten der sog. Mantel-Verordnung mit ihren wesentlichen Bestandteilen Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und einer erheblich geänderten Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) am 01.08.2023 hingewiesen. Bei der Umsetzung ist, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgendes zu beachten:

Die EBV regelt die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) in technische Bauwerke und ersetzt die bislang geltenden Vorgaben der LAGA - Merkblätter bzw. spezielleren landesrechtlichen Regelungen. Bodenmaterial, welches in oder unterhalb eines technischen Bauwerkes eingebaut werden soll, ist als MEB zu betrachten und unterliegt ebenfalls der EBV.

Die geänderte BBodSchV regelt den Einbau von Boden in, außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht oder in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb von technischen Bauwerken.

Der AN hat 8 Wochen vor einem geplanten Einbau von Bodenmaterial oder MEB im Bauvorhaben die schriftliche Zustimmung des AG dafür einzuholen, dem Antrag sind die Nachweise der Umweltverträglichkeit und der bodenphysikalischen Eignung des MEB beizufügen und es ist die technische Bauweise gemäß Anlage 2 + 3 EBV anzugeben.

Die DB AG und die mit Ihr verbundenen Unternehmen untersagt für Ihre Bauvorhaben, Grundstücke und Anlagen generell den Einbau der in § 20 Abs. 1 EBV aufgeführten Mineralischen Ersatzbaustoffe wie u.a. Kuppel- und Hochofenschlacke, Hüttensand, Flug- und Kesselasche und Gießereirestsand.

Der zum Einbau vorgesehene zugelieferte Bodenaushub ist vom AN fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Die Umweltverträglichkeit der MEB ist durch eine repräsentative chemische Analytik eines akkreditierten Labors nachzuweisen. Der AN hat für zugelieferte MEB auch die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen, z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit, durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS gelten neben der EBV die Anforderungen des DB- Regelwerks.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den vorgelegten Nachweisen zu gewährleisten, der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor. Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

Erfüllt ein geplanter Einbau von MEB (inkl. Bodenmaterial) die nachfolgenden Kriterien, hat der AN in Verbindung mit dem Antrag zusätzlich eine Voranzeige gemäß Anlage 8 EBV im System ZEDAL zu erstellen:

1. Es soll Bodenmaterial mindestens BM-F0*, Baggergut mind. BG-F0*, aufbereiteter Gleisschotter mind. GS-1 oder aufbereitete RC-Baustoffe mind. RC-1 oder jeweils höherer Materialklassen in Wasser- oder Heilquellenschutzgebiete der Zone III oder höher eingebaut werden oder

2. Es soll Bodenmaterial, Baggergut oder RC-Baustoffe der Klasse 3 (BM-F3, BG-F3 oder RC-3) mit einer geplanten Einbaumenge $\geq 250 \text{ m}^3$ eingebaut werden.

Nach dem Ende des Einbaus ist für die o. g. Materialien vom AN im System ZEDAL eine Abschlussanzeige zu erstellen.

0.2.14 Umgang mit aufarbeitungsfähigen Stoffen

Siehe 0.2.15.1.1 Entsorgungs- und Zuführungskonzept

0.2.15 Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen

Bei Entsorgung der Stoffe wird zwischen zwei grundsätzlichen Varianten zu unterscheiden:

1. Entsorgung durch den Auftraggeber (DB InfraGO AG, OE Baulogistik) siehe 0.2.15.1
2. Entsorgung durch den Auftragnehmer – siehe 0.2.15.2

In nachfolgender Tabelle ist beschrieben, wer für die Entsorgung welchen Materials verantwortlich ist und in welchem Kapitel dieser Baubeschreibung die geltenden Regelungen beschrieben werden:

Material	Entsorgung der Stoffe durch	Regelung im Punkt der Baubeschreibung
Schrott (Schienen, Stahlschwellen, Kleineisen) und/oder LST-Reststoffe	Auftraggeber	0.2.15.1
Altschwellen (Holz / Beton)	Auftraggeber	0.2.15.1
Altschotter incl. BRM-Material	Auftraggeber	0.2.15.1
Bodenaushub	Auftraggeber	0.2.15.1
ZW in BigBag	Auftragnehmer	0.2.15.2
Material aus dem Rückschnitt von Vegetation, Wurzelwerk., Stubben	Auftragnehmer	0.2.15.2

Für Abfälle, die der AN im Rahmen seiner Leistung erzeugt, gilt jedoch immer Anlage 2.13 „Regelungen zu auftraggeberseitig beigestellten Oberbaumaterialien (Ver- und Entsorgung)“, im Nachfolgenden nur noch „Anlage 2.13“ genannt.

Für folgende sonstige Abfälle gelten gleichermaßen die Regelungen der Anlage 2.13:

Asphalt, Zwischenlagen (ZW), Kabelkanäle, Betonabbruch, BÜ-Beläge, metallischer Schrott

0.2.15.1 Entsorgung durch den Auftraggeber / Zuführungskonzept

Die nachstehenden Ausführungen gelten ergänzend zur Anlage 2.13 zum Bauvertrag.

0.2.15.1.1 Entsorgungs- und Zuführungskonzept

Abholung durch den AG

Übersicht der Materialien und der Abholorte und Transport ab Abholung (z.B.: Tarifpunkt oder BE-Fläche):

Abholtermin	Material	Abholung per	Ort
ab Baubeginn	Schienen- und Kleineisenschrott, Trennen auf 5 m durch AN	Bahnwagen / LKW	Tarifpunkt

Transport und Übergabe durch den AN

Übersicht der Materialien und der Übergabeorte:

Übergabetermin	Material	Übergabe per	Ort
	Altschwellen	Bahnwagen	Entsorgungsbetrieb des AG
	Weichenschwellen	Bahnwagen	Entsorgungsbetrieb des AG
	Bodenaushub	Bahnwagen	Entsorgungsbetrieb des AG
	Altschotter	Bahnwagen	Entsorgungsbetrieb des AG

Alle übrigen ausgebauten Materialien gehen in Eigentum des AN über und sind von ihm zu entsorgen, auch wenn dies in den LV-Positionen nicht ausdrücklich erwähnt ist.

Handling und Logistik (einschl. Aufladen, Abladen und ggf. erforderliches Umladen) der ausgebauten Stoffe bis zum Tarifpunkt oder Zwischenlagerplatz ist in die entsprechenden Leistungspositionen des Ausbaus / der Logistik einzurechnen.

Die ausgebauten Gleise bzw. Gleisjoche sind vor der Verladung in ihre Einzelteile zu demontieren und zu sortieren. **Die Schrottschienen sind auf Längen von ca. 5 m aufzutrennen** (zu kalkulieren in den Ausbaupositionen).

Ggf. notwendige Zwischenlagerplätze sind die durch den AN herzurichten, vorzuhalten und zu räumen. Es obliegt dem AN, sämtliche dafür notwendigen behördlichen Genehmigungen und Zustimmungen Dritter einzuholen. Die Zwischenlagerplätze sind örtlich so anzulegen, dass sie ohne zusätzliche Maßnahmen durch die LKW des AG erreicht werden können.

Die Kosten für die Zwischenlagerplätze sind (losweise) anteilig in die entsprechenden Positionen einzurechnen.

Die notwendigen Entsorgungsnachweise sind beizubringen. Die Kosten für die Entsorgung und die Nachweise sind, soweit nicht in einzelnen Leistungspositionen anders beschrieben, in die entsprechenden Einheitspreise des Ausbaus einzurechnen. Ggf. notwendige Zwischenlager werden nicht gesondert vergütet.

Kontaminierte Bettungstoffe / -rückstände sind ab dem Ausbau als Abfall zu behandeln und getrennt zu lagern / zu verladen.

Beförderungserlaubnis/Transportgenehmigung

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErlV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.

Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.15.1.2 Handhabung von Bodenaushub und Bauabfällen

Zur Information, Trennung und Kennzeichnung bei Ausbau, Übergabe und Entsorgung gilt Anlage 2.13 zum Bauvertrag für alle Abfälle.

Haufwerksbildung und Bereitstellung

Für Bereitstellungsflächen und die Sicherungsmaßnahmen auf Bereitstellungsflächen gilt Anlage 2.13 zum Bauvertrag.

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuheben und ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

Die Haufwerke sind mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung angibt, dauerhaft zu kennzeichnen.

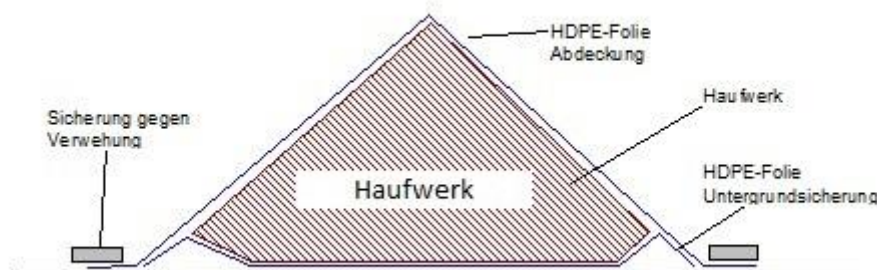
Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Abfälle mit der Einstufung LAGA Z 1.2 bis Z2, GS2 und GS3 bzw. RC 2 und RC 3/ BM 2 und BM3 gemäß EBV sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie

gemäß nachfolgender Darstellung, jedoch ohne unterliegende Folie, zu sichern. Das von der Oberflächendichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Alle gemäß AVV bzw. Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfälle müssen neben der Oberflächenabdichtung eine Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie entsprechend der nachfolgenden Abbildung erhalten.

Alternativ zu der beschriebenen Abdeckung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Wenn auf der Ladestelle eine Asphaltdecke in Straßenbauweise vorhanden ist, kann auf die Folienverwendung (Abdeckung Boden und Abdeckung Haufwerk) verzichtet werden.

0.2.15.1.3 Deklarationsanalytik

Die Deklarationsanalytik wird durch den AG durchgeführt.

Das Ergebnis der Untersuchung wird dem AN vor Baubeginn übergeben.

0.2.15.2 Entsorgung durch den Auftragnehmer / Zuführung

02.15.2.1 Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er z.B. durch selektiven Bodenabtrag und einen separierenden Rückbau gewährleistet, dass die im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sortenrein gewonnen und getrennt bereitgestellt werden.

Der AN hat in seiner Ausführungsplanung (z.B. Massenkonzent) und Baudurchführung, soweit rechtlich zulässig und wirtschaftlich vorteilhaft, die vorrangige Wiederverwendung von Boden und ggf. weiteren Stoffen im Bauvorhaben anstelle von Ausbau und Entsorgung umzusetzen.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN entsprechend frühzeitig mit den erforderlichen bodenphysikalischen Untersuchungen, soweit möglich unter Verwendung von Rückstellproben des AG, zu beginnen, um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung des Materials abzuklären.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zu sichern und es sind der Projektleiter, die BÜ und die umweltfachliche Bauüberwachung (UBÜ) des Auftraggebers zu informieren.

Sach- und Fachkundenachweise

Der Auftragnehmer hat auf der Baustelle (vor Ort) einen Abfallverantwortlichen der Baustelle (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen (vgl. entspr. LV-Position).

Der Abfallverantwortliche muss über einen Sachkundenachweis für die Probenahme fester Abfälle gemäß LAGA PN98 verfügen.

Sofern der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wird, hat er für Probenahme, Analytik und Gutachtenerstellung ausschließlich nach DIN EN ISO / IEC 17025 zertifizierte bzw. durch eine zugelassene Akkreditierungsstelle akkreditierte Nachauftragnehmer einzusetzen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch mit Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

Entsorgungskonzept AN

Der AN hat auf der Basis der Vergabeunterlagen und der Gegebenheiten des Bauvorhabens ein verbindliches, vorhabenbezogenes Entsorgungskonzept für die Baudurchführung gemäß der M.01.02.15.03 Anlage 8 „Mustergliederung Entsorgungskonzept AN“ zu erstellen.

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen. Über die vom AG genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen bzw. nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

0.2.15.2.2 Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer

Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist:	DB InfraGO AG, Region Ost, Projekt T.016085679 Projekt T.016085677 Projekt T.016085675 Projekt T.016084634
---	--

Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist:	der Auftragnehmer (AN)
---	------------------------

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel, Schrott), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß (rechtskonform) und schadlos unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu entsorgen, hierfür haftet der AN dem AG. Die Abfallerzeugereigenschaft und das Eigentum der DB / DB InfraGO AG an den Bau- und Abbruchabfällen des Bauvorhabens endet mit der Entsorgung.

Der AN stellt sicher, dass die von ihm mit dem Transport und der Entsorgung beauftragten Nachunternehmer zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind, daher hat der AN für die Beförderung der Bauabfälle nur zugelassene Transporteure und für deren Entsorgung nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zu binden. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren. Abstimmungen mit den Behörden erfolgen ausschließlich durch den AG.

Der AN ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer gemäß §3 Abs. 8+9 KrWG für die Abfälle, die er u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt (z.B. Verbauaterialien, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verpackungen). Diese Abfälle sind von ihm selbstständig und separat von den Abfällen des AG gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

0.2.15.2.3 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle

Der AN hat für alle vom AG zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen inklusive Baustellenzufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV für den anstehenden Unterboden durchzuführen. Da die BE-Flächen i.d.R. auf dem Unterboden aufbauen, sind die chemischen Bodenuntersuchungen zur Beweissicherung nach dem Abschieben und vor dem Wiederandecken des Oberbodens vorzunehmen.

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der vom AG planfestgestellten BE-Flächen bzw. außerhalb der Baustelle / der Erstreckung der Bau- und Betriebsanweisung (BETRA) zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbstständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (z.B. gemäß 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat auch für diese Flächen einschließlich der Zufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen mehr als 100 t nicht gefährliche bzw. mehr als 30 t gefährliche Abfälle bereitstellt (zwischenlagert) oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen über einen längeren Zeitraum zwischenlagert oder behandelt, hat er gemäß 4. BImSchV vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionsschutzbehörde zu beantragen.

In Bezug auf die o.g. Flächen hat der AN dem AG auf Anforderung die für ein ggf. erforderliches Planänderungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Die für die Bereitstellung von Abfällen und damit der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Bereitstellungsflächen ohne Planfeststellung bzw. ohne direkten Baustellen-/ BETRA-Bezug sind vom Auftragnehmer in Abstimmung mit dem AG als AwSV – Anlage mit entsprechenden Anforderungen (u.a. Eignungsfeststellung, Anlagendokumentation, Betriebsanweisung, Betriebstagebuch, Überwachungs- und Prüfpflichten) zu betreiben.

0.2.15.2.4 Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV-Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle:

- AVV 170101 Beton
- AVV 170102 Ziegel
- AVV 170103 Fliesen u. Keramik
- AVV 170107 gemischter Bauschutt
- AVV 170202 Glas
- AVV 170203 Kunststoff
- AVV 170401 bis 170407 div. Metalle
- AVV 170411 nicht gefährliche Kabel
- AVV 170201 Holz
- AVV 170604 Dämmmaterial
- AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt auszubauen, getrennt zu halten bzw. bereit zu stellen, zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Eine Entsorgung von Gemischen der o.g. Abfälle ist unbedingt zu vermeiden.

Sofern Gewerbeabfälle aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Ist eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung oder die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung hat der Auftragnehmer dem AG geeignete Dokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation zu übergeben. In den Unterlagen sind die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV unter Verwendung der Kategorien der GewAbfV nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, die Dokumente sind von der BÜ zu bestätigen und mit den zur Freigabe der Entsorgung der Gemische durch den AG eingereichten Entsorgungsnachweisen zu übermitteln und im eANV / e-Akte zu hinterlegen.

0.2.15.2.5 Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung über ein Leistungsverzeichnis auf Grundlage der Materialklassen der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) aus. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten:

Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel AVV	Materialklasse gemäß EBV
Boden ≤ 10% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-0*
Boden ≤ 50% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-F0*, BM-F1, BM-F2, BM-F3
Gleisschotter	17 05 08	GS-0, GS-1, GS-2, GS-3
Beton(bruch)	17 01 01	RC-1, RC-2, RC-3
Ziegel	17 01 02	
Fliesen und Keramik	17 01 03	
Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	

BM-x: Bodenmaterial Materialklasse X mit **bis zu 10 %** mineralische Fremddanteile

BM-Fx: Bodenmaterial Materialklasse X mit **bis zu 50 %** mineralische Fremddanteile

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf. Analytikleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

Der AG wird die mineralischen Bau- und Abbruchabfälle (MBA) je Haufwerk / Ausbaurubatur gemäß LAGA/ untersuchen und klassifizieren lassen, um diese den entsprechenden Entsorgungspositionen des Bauvertrages zuordnen zu können.

Hat der AN mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen Untersuchungen nach anderen Vorschriften, z.B. nach EBV oder BBodSchV, vereinbart, hat er diese Leistungen in sein Angebot einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen **zur Beseitigung** (größer jew. Materialklasse 3 nach EBV/EBV) auf Grundlage der Deponieverordnung mit Positionen für die Deponieklassen I-III aus.

0.2.15.2.6 Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen

Die vom AN durchzuführenden Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und Anlagen, den Transport

und die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und ggf. die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der Bauüberwachung vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzubrechenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere wenn diese noch nicht auf ihre Zusammensetzung und mögliche Schadstoffbelastung untersucht wurde. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abzubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die Bauüberwachung sowie der für Umweltschutzbelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

zu informieren.

0.2.15.2.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott

Siehe 0.2.15.1.1 Entsorgungs- und Zuführungskonzept

Die Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl- und NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch den AG, die genannten Restbaustoffe verbleiben bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung in dessen Eigentum.

0.2.15.2.8 Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

Die Haufwerke sind mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung angibt, dauerhaft zu kennzeichnen.

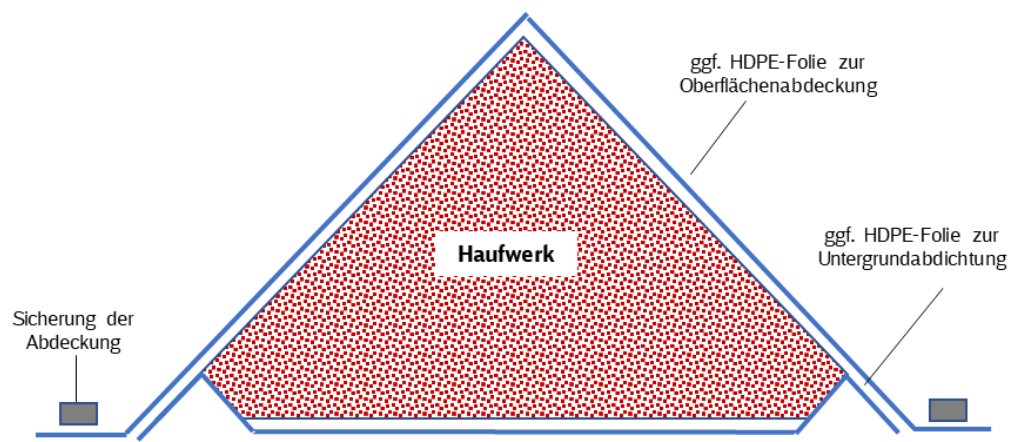
Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Abfälle mit der Einstufung LAGA Z 1.2 bis Z2 bzw. GS2 und GS3/ RC 2 und RC 3/ BM 2 und BM3 gemäß EBV sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie

gemäß nachfolgender Darstellung, jedoch ohne unterliegende Folie, zu sichern. Das von der Oberflächenabdichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Alle gemäß AVV bzw. Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfälle müssen neben der Oberflächenabdichtung eine Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie entsprechend der nachfolgenden Abbildung erhalten.

Alternativ zu der beschriebenen Abdeckung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

- Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdstoffen (Schotter, Bauschutt, Wurzeln etc.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
- Fotodokumentation,
- Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,
- Mengenermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.2.9 Deklarationsanalytik

Die Deklarationsanalytik wird durch den AG beigestellt. Der AN hat dazu die Durchführung jeder einzelnen baubegleitenden Analyse für alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter jeweils 21 Kalendertage vorher über den AG zu veranlassen. Der AN hat dies in seinem Bauablauf zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der Ausbau der Materialien hat

unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallverantwortlichen des AN zu erfolgen.

0.2.15.2.10 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (Entsorgungsgenehmigung) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Verbleibsnachweis).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

Die projektspezifische Ausgestaltung und das Zusammenwirken zwischen AN und AG sind im Entsorgungskonzept des AN auf der Basis der M.01.02.15.03 Anlagen 7 „Aufgabenverteilung Abfallmanagement“ und 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zu beschreiben und vom AG zu bestätigen.

Der AN hat innerhalb von 14 Werktagen nach Vorliegen der Genehmigung des Entsorgungsweges (Entsorgungsnachweis EN/VN) mit der Entsorgung der bereitgestellten Abfälle zu beginnen.

0.2.15.2.10.1 Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren

Vom Auftragnehmer sind folgende eANV - Zugänge und anwendungsbereite Geräteausstattungen für den Abfallbeauftragten / Bevollmächtigten des AN und die Beförderer auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausstattung und die Zugänge sind im Entsorgungskonzept des AN zu dokumentieren:

- Gebräuchliche Computerhardware inkl. DSL-Verbindung (Internet) oder gleichwertig
- Abfallerfassungssoftware inklusive eigenständigem Zugang, kompatibel zur Zentralen Koordinierungsstelle der Länder (ZKS)

Sofern die vom AN beauftragten Beförderer und / oder Entsorger (NAN) nicht am elektronischen Nachweisverfahren über nicht gefährliche Abfälle mitwirken, hat sich der AN entweder als „Sonstiger Beteiligter“ oder als Bevollmächtigter einen eigenen Zugang zu einem geeigneten eANV-System (Provider) inkl. ZKS-Postfach zu schaffen und zusätzlich folgendes zu gewährleisten:

- Ausstattung und Schulung der örtlichen Mitarbeiter des AN mit persönlichen Signaturkarten nach digitalem Signaturgesetz
- Nachweis der abfallrechtlichen Qualifikation der signaturberechtigten Mitarbeiter
- Erfassung der Entsorgungsvorgänge im eANV in der Rolle der nicht mitwirkenden Beförderer / Entsorger gemäß Anlage 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zum M.01.02.15.03.

Die DB InfraGO AG verwendet als eANV-System das Programm „ZEDAL“ der „Abfallmanagement Datenverarbeitungs AG“ Recklinghausen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur ZEDAL - Portallösung anzumelden.

0.2.15.2.10.2 Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Das Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle beinhaltet grundsätzlich eine Beteiligung der zuständigen Abfallbehörde im Wege der behördlichen Bestätigung bzw. Kenntnisnahme des Entsorgungsnachweises.

Der EN für gefährliche Abfälle besteht im eANV aus folgenden Dokumenten:

- Deckblatt des Entsorgungsnachweises (DEN)
- Verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers (VE)
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform
- ggf. Ergänzendes Formblatt für die Beauftragung / Bevollmächtigung / Andienung (EGF)
- Annahmeerklärung des Entsorgers (AE) und
- behördliche Bestätigung (Genehmigung) der für die Entsorgungsanlage zuständigen Abfallbehörde (BB).

Der AN hat dem AG mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Entsorgungstermin mitzuteilen, dass ein Entsorgungsnachweis für die Entsorgung gefährlicher Abfälle oder von POP-Abfällen benötigt wird und dazu folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Deklarationsanalysen mit gutachterlichem Bericht und Probenahmeprotokoll
- die Anlagengenehmigungen, z.B. Entsorgungsfachbetriebszertifikat oder BImSch-Genehmigung der vorgesehenen Entsorgungsanlagen,
- das EfB-Zertifikat bzw. die Beförderungserlaubnis des Beförderers nach § 54 KrWG für die Beförderung von gefährlichem Abfall

Durch den AG wird anschließend der elektronische Entsorgungsnachweis im eANV erstellt. Der AG beauftragt den AN durch Ausfüllen des sog. Ergänzendes Formblatts (EGF) mit der Gebührenübernahme für das Genehmigungs- / Andienungsverfahren für die durch den AN zu entsorgenden Abfälle. Dazu hat der AN das EGF vor dem AG elektronisch zu signieren.

Nach Vorliegen aller Dokumente signiert der AG die Verantwortliche Erklärung (VE) und übermittelt diese elektronisch an den vom AN benannten Entsorger. Dieser füllt die Annahmeerklärung (AE) aus und signiert diese, anschließend erfolgt die elektronische Übermittlung an die Behörde zur Genehmigung (Grundverfahren) bzw. zur Kenntnis (privilegiertes Verfahren).

Die Nutzung von Sammelentsorgungsnachweisen für gefährliche Abfälle und für POP-Abfälle durch den AN ist nur nach schriftlicher Zustimmung des zuständigen Teamleiters Umweltschutz zulässig.

Verbleibskontrolle

Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher rechtzeitig seinen Bedarf an Transportdokumenten (BS, ÜS) anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das elektronische Mustertransportdokument und generiert daraus die benötigte Anzahl von elektronischen Begleitscheinen und signiert diese.

Die im Auftrag des AN tätigen Abfallbeförderer haben die Transportdokumente bei Abfallübernahme auf der Baustelle elektronisch zu signieren.

Sofern die Signatur der Beförderer abweichend davon erst unmittelbar vor Abfallübergabe beim Entsorger erfolgen soll, ist hierzu mit dem AG eine gesonderte schriftliche Vereinbarung nach § 19(2) NachwV zu treffen M.01.02.15.03 Anlage 13 „Vereinbarung über die verspätete Signatur des Abfallbeförderers“.

0.2.15.2.10.3 Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Der Entsorgungsnachweis über die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle im eANV besteht aus den gleichen Dokumenten wie der EN für gefährliche Abfälle, ausgenommen das Ergänzende Formblatt (EGF) und die Behördliche Bestätigung (BB).

Zur Vorbereitung der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle hat der AN folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Anlagengenehmigungen (Entsorgungsfachbetriebszertifikat / BlmSch-Genehmigung) der vorgesehenen Entsorgungsanlagen und
- das EfB-Zertifikat bzw. die Anzeige des Beförderers nach § 53 KrWG bzw. für die Beförderung von ngA
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

und zur Vervollständigung und Signatur an den AG elektronisch zu übermitteln.

Auf Basis dieser Angaben erstellt der AG den Vereinfachten Entsorgungsnachweis im eANV, signiert die VE und leitet den Vereinfachten Entsorgungsnachweis an den vom AN beauftragten Entsorger weiter. Der Entsorger erstellt und signiert die Annahmeerklärung, damit ist der VN vollständig.

Nimmt der Entsorger nicht am elektronischen Nachweisverfahren für nicht gefährliche Abfälle teil, hat der Auftragnehmer die vom Entsorger unterschriebene Annahmeerklärung einzuholen, einzuscannen und dem VE als Anhang beizufügen. Die Annahmeerklärung ist vom AN auszufüllen und mit folgendem Zusatz zu signieren: „ENT nimmt nicht am eANV für ngA teil, AE wird als Datei beigefügt. Signiert für den ENT: AN, siehe Original-AE im Anhang.“

Sofern der AN nicht gefährlichen Bodenaushub zur Verwertung in gesonderte Maßnahmen z.B. in andere Baustellen oder landwirtschaftliche Flächen verbringen will, hat er für die Vorabkontrolle einen Vereinfachten Entsorgungsnachweis (VN) zu verwenden und als Anhang die aktuelle Einbaugenehmigung der zuständigen Bodenschutzbehörde für das Material beizufügen. Die Verbleibskontrolle erfolgt mittels elektronischem Registerbeleg (ZEDAL).

Verbleibskontrolle

Für die elektronische Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle (ngA) sind Registerbelege (RB) zu verwenden. Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher seinen Bedarf an RB rechtzeitig anzuzeigen und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das Mustertransportdokument (Registerbeleg), generiert daraus die benötigte Anzahl elektronischer Registerbelege und signiert diese.

Sofern die beauftragten Beförderer und / oder Entsorger nicht an der elektronischen Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle teilnehmen, hat der AN die entsorgten Abfallmengen auf der Grundlage vorliegender Lieferscheine / Wiegenoten in der Spalte des Beförderers und Entsorgers der verwendeten Registerbelege zu erfassen und diese in der Rolle des Entsorgers qualifiziert zu signieren.

Für die ordnungsgemäße Verbleibsdokumentation der entsorgten ngA ist es ausreichend, wenn der Entsorger durch Signieren der RB im eANV-System die Entgegennahme des Abfalls bestätigt. Eine elektronische Signatur des Beförderers ist nicht erforderlich.

Als direkter Nachweis für die erfolgte Abfallübernahme auf der Baustelle hat der AN hat die von ihm beauftragten Beförderer zu veranlassen, die erforderlichen Registerbelege als Papiaerausdruck zur Abfallübernahme auf die Baustelle mitzubringen, darauf die Übernahme zu quittieren und den unterschriebenen RB-Ausdruck der BÜW zu übergeben.

Auf den Verbleibsnachweisen bzw. entsprechenden Zusatzdokumenten hat der AN auch die Dokumentationsanforderungen gemäß der Gewerbeabfallverordnung niederzulegen.

0.2.15.2.10.4 Einbaudokumentation gemäß Ersatzbaustoff-Verordnung

Sofern der AN mittels der vorgesehenen LV-Position mit der Erstellung der erforderlichen Einbaudokumentation gemäß § 25 der ErsatzbaustoffVO für die von ihm in technische Bauwerke eingebauten mineralischen Ersatzbaustoffe beauftragt wurde, hat er diese elektronisch im System ZEDAL zu erbringen.

Der Auftragnehmer wird in diesem Fall vom AG als Verwender von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) festgelegt und hat für jede angelieferte Charge eines MEB, die in eine technische Bauweise eines Bauwerkes eingebaut wird, ist ein separater elektronischer Lieferschein zu erstellen. Als zusammenfassendes Dokument für jeden Satz gleichartiger Lieferscheine hat der AN ein elektronisches Deckblatt im ZEDAL zu erstellen. Sofern für den MEB-Einbau eine Vor- und Abschlussanzeige erforderlich wird, ist diese ebenfalls vom AN im ZEDAL zu erstellen und ersetzt das Deckblatt, die Lieferscheine sind auch hier wie oben beschrieben zu erstellen.

Nach Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus durch den AG legt dieser eine elektronische Akte und das Deckblattformular in ZEDAL an, der AN hat dazu die entspr. Daten der MEB zuzuliefern. Der AN erstellt anschließend aus dem Deckblatt einen Muster-Lieferschein, und generiert daraus die benötigten Lieferscheine, vervollständigt und signiert diese elektronisch. Nach Abschluss des MEB-Einbaus ist die vollständige Dokumentation dem AG zu übergeben.

0.2.15.2.11 Abrechnung von Entsorgungsleistungen

Für die Abrechnung von Entsorgungsleistungen sind dem AG die folgenden Unterlagen unaufgefordert vorzulegen:

- Abfallrechtliche Verbleibsnachweise wie beschrieben (Kopien ausreichend)
- Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage
- Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):

- Volumenermittlung von Haufwerken,
- Volumenermittlung Baugrube,
- Nettoverwiegung auf der Baustelle,
- Zählprotokoll.

Auf die Regelungen zu Ziff. 20.2 ff der ZVB-DB wird hierbei nochmals hingewiesen.

0.2.15.2.12 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErIV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.

Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.16 Materialbeistellung durch Auftraggeber

Die nachstehenden Ausführungen gelten ergänzend zur Anlage 2.13 „Regelungen zu auftraggeberseitig beigestellten Oberbaumaterialien (Ver- und Entsorgung)“

Materialbeistellung für nachfolgende Stoffe

Bereitstellung	Material	Verwendung	Transportmittel	Ort
ab Baubeginn	Schienen	Gleise 562/620	Bahnwagen AG	Tarifpunkt
	Betonschwellen		Bahnwagen AN	Werk
	Schotter		Bahnwagen AN	Werk
ab Baubeginn	Schienen	Weiche 557	Bahnwagen AG	Tarifpunkt
	Weichenfahrbahn/ -schwellen		Bahnwagen AG	Tarifpunkt
	Betonschwellen		Bahnwagen AN	Werk
	Schotter		Bahnwagen AN	Werk
ab Baubeginn	Schienen	Gleis 563	Bahnwagen AG	Tarifpunkt
	Betonschwellen		Bahnwagen AN	Werk
	Schotter		Bahnwagen AN	Werk
ab Baubeginn	Schienen	Weichen 426, 431, 432	Bahnwagen AG	Tarifpunkt
	Weichenfahrbahn/ -schwellen		Bahnwagen AG	Tarifpunkt
	Betonschwellen		Bahnwagen AN	Werk
	Schotter		Bahnwagen AN	Werk

Alle übrigen Materialien, (außer der oben genannten beigestellten Oberbaustoffe) stellt der AN, auch wenn dies in den LV-Positionen nicht ausdrücklich erwähnt ist. Die Kosten (frei Baustelle) einschließlich aller erforderlichen Materialnachweise sind in die Einheitspreise der entsprechenden Leistungspositionen des Einbaus einzurechnen.

Nach Übernahme der Bahnwagen durch den AN hat eine Überprüfung der Schadfreiheit der angelieferten / bereitgestellten Wagen durch den AN-Bau zu erfolgen.

Nach Entladung der Bahnwagen hat durch den AN zeitnah die Freimeldung zu erfolgen (mit Nachweis an die Bauüberwachung).

Ausnahme:

Soweit Materialien und Stoffe betroffen sind, welche für den Bauzustand der Baumaßnahme erforderlich sind (z.B. Montageschienen, Laschen, Zwingen, Bolzen etc.), sind diese abweichend von Ziffer 16.4 „Besondere Vertragsbedingungen“ und Anlage 2.13 „Regelungen zu auftraggeberseitig beigestellten Oberbaumaterialien (Ver- und Entsorgung)“ durch den AN zu stellen und zu unterhalten.

Gleiches gilt für evtl. anzubringende Notstromverbinder (siehe Merkblatt für Triebstromrückführung). Diese hat der AN zu stellen und auf Weisung des AG anzubringen und bis zum endgültigen Verschweißen zu unterhalten.

Tarifpunkte

Übergabe-/Tarifbahnhöfe:

- Bf Seddin Süd

0.2.17 Materialliefer- und Abfuhrplan

Liefertermine (Tag und Stunde am Tarifpunkt), Lieferorte (bei Lkw-Lieferung) und Mengen der vom AG bereitzustellenden Stoffe sowie die Bereitstellungstermine, -orte und Massen der Entsorgung sind durch den AN spätestens 2 Wochen vor Projektrealisierung dem AG verbindlich schriftlich mitzuteilen.

Dies gilt unbeschadet der in den Ausschreibungsunterlagen genannten verbindlichen Liefertermine. Diese sind in jedem Fall zwingend zu beachten und einzuhalten, soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart wird.

Mehrmengen, die vom AN veranlasst und über die Mengen des Leistungsverzeichnisses hinausgehen, jedoch nicht verbraucht werden, werden dem AN in Rechnung gestellt (Lieferkosten, Fracht, Entsorgung).

0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer

0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmern

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Gegenstand und Ziel dieser Mitwirkung ist, dass der AN vorausschauend und aktiv die für seine Arbeitsvorbereitung und Abwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig über den AG abfordert und einbezieht, sowie seinerseits diesem die von ihm für die Verfolgung der Ordnung auf der Baustelle und des Zusammenwirkens der verschiedenen Unternehmer benötigten Informationen gleichermaßen so rechtzeitig zur Verfügung stellt, dass über die bauseitige Koordination die störungsfreie Abwicklung der Gesamtmaßnahme sicher gestellt wird.

Der AN hat in der Vorausschau der auf der Baustelle ineinandergreifenden Prozesse und Abhängigkeiten die Überlegungen und Maßnahmen zur Abstimmung so frühzeitig anzustellen und den Abstimmungsprozess mit dem AG durchzuführen, dass nach Lage der Dinge als erforderlich absehbare Klärungs- und Koordinierungsprozesse des Auftraggebers ohne Störungen des Bauablaufes erledigt werden können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen hiernach u.a. die aktive Mitwirkung und

Auskunftserteilung bei koordinationsrelevanten Gesprächen/Baubesprechungen, insbesondere unter Beteiligung anderer Unternehmer, und die unverzügliche Information über abgefragten Festlegungen seiner Arbeitsvorbereitung, einschließlich ausführungstechnischer und logistischer Aspekte. In Bezug auf mögliche Störungen und Konflikte setzt die Pflicht des ANs den AG über Behinderungen zu informieren ein, sobald für ihn Umstände erkennbar werden, die sich negativ auf die Ausführung der geschuldeten Leistung bzw. des Bauvorhabens insgesamt auswirken können.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination, sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.20 bleibt frei

0.2.21 bleibt frei

0.2.22 bleibt frei

0.2.23 Betriebliche Angaben (gem. DIN 18325 0.2.3 und 18325 0.2.5)

Betriebliche Regelung Umbaugleis:

Gesperrtes Gleis

Sperrabschnitte und Sperrzeiten:

Für die Durchführung von Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise sind Sperrpausen erforderlich. Die angemeldeten Sperrzeiten für die Baumaßnahmen sind unter Punkt 0.2.1 beschrieben. Veränderungen der angemeldeten Sperrpausen sind nicht zulässig.

Durch betriebliche Erfordernisse des AG können Zugverspätungen auftreten. Betriebsbedingte Änderungen der Sperrpausen und Arbeitszugfahrten (z. B. durch Verspätungen, Bedarfszüge) sind möglich. Wartezeiten pro AZ-Fahrt bzw. am Sperrpausenbeginn/-ende bis jeweils 30 Minuten, die abweichend vom Bauablaufplan und Betriebsablaufplan aufgrund betrieblicher Unregelmäßigkeiten entstehen, werden nicht besonders vergütet.

Schutz-La / Nachlauf-La:

Es sind keine Langsamfahrstellen angemeldet.

0.2.24 Oberleitung (gem. DIN 18325 0.2.6)

Abschaltung Oberleitung:

Die angemeldeten Abschaltzeiten sind zu beachten.

0.2.25 Ausführung Bettungsarbeiten (gem. DIN 18325 0.2.16)

Die Bettung wird in allen Bauabschnitten vollständig erneuert.

Der neue Bettungsquerschnitt ist nach Ril 820 herzustellen:

	Gleise 562/620, 563 + W557	Weichen W426, W431, W432
Schotterstärke unter Schwelle	20 cm	30 cm
Schotter vor Kopf	20 cm, bei Verfüllung bis Schwellenoberkante	20 cm, bei Verfüllung bis Schwellenoberkante

Es darf im gesamten Bettungsquerschnitt aufgearbeiteter Schotter eingebaut werden.

Anschlussstopfungen werden in dem erforderlichen Umfang ausgeführt. Maßgebend dafür werden die Angaben des Trassierungsentwurfes. Das Kleineisen ist vor dem Stopfen auf festen Sitz zu prüfen und gegebenenfalls neu zu verspannen. Fehlendes und defektes Kleineisen ist zu erneuern.

Es ist ein Belastungsstopfgang durchzuführen.

0.2.26 Ausführung Rand- und Rangierwegarbeiten

Im Endzustand wird parallel zu den Oberbauerneuerungsbereichen der Rangierer wiederhergestellt (siehe LP).

Die Herstellung erfolgt mit 10 cm wasserdurchlässigem, trittfestem Material (Splitt 0/8). Die Randwege sind bis zur Schwellenoberkante zu verfüllen.

0.2.27 Ausführung Planumsverbesserung

Im Zusammenhang mit der Bettungserneuerung ist das freigelegte Planum zu verdichten.

Darüber hinaus finden keine Arbeiten am Untergrund statt.

0.2.28 Ausführung Entwässerungseinrichtung

bleibt frei

0.2.29 Arbeiten im Tunnel (gem. DIN 18325 0.1.6)

Bleibt frei

0.2.30 Arbeiten an Signalanlagen

LST-Arbeiten werden gesondert ausgeschrieben

0.2.31 Arbeiten Rückstromführung, Bahnerdung, Potenzialausgleich

Bleibt frei

0.2.32 Gleis-/Bauvermessung und Lichtraummessung

0.2.32.1 Absteckung

Mit der Übergabe der Unterlagen gemäß Ril 883.3200 sind die Verpflichtungen des AG im Sinne § 3 (2) VOB/B erfüllt.“

Der AN erhält die Daten in folgender Form:

- Festpunkte und Trassendaten im DB-Format oder alternativ Daten im ASC II – Format
- Plandaten in einem digitalen Format (z. B. TIF, DGN, DWG, PDF) oder alternativ als Papierkopie

Die Übergabe der Daten durch den AG erfolgt rechtzeitig vor Baubeginn und wird vom AN und dem AG schriftlich quittiert. Hierzu ist der Vordruck 883.3200V01 „Geodätische Absteckung; Niederschrift zur Übergabe“ zu verwenden.

Ergänzend dazu, ist der AN verpflichtet, die Detailabsteckung zur Bauausführung gem. Ril 883 zu erstellen. Diese muss so erfolgen, dass der Anschluss an die vorhandenen Gleise und Weichen lage- und höhenmäßig gewährleistet ist.

Der Bauüberwachung sind alle Sicherungspunkte nachweislich anzuzeigen. Der AN teilt dem AG das ausführende Ingenieurbüro mit.

0.2.32.2 Abnahmevermessung

Nach Abschluss der Bauarbeiten sind die geodätischen Abnahmevermessungen nach Richtlinie 883 durchzuführen.

Die Abnahmevermessung schließt auch die Prüfung der Lichtraumfreiheit nach den Vorgaben der Ril 883.3400 mit ein.

Der AN teilt vor Beginn der geodätischen Vermessungen dem AG das mit der Ausführung der geodätischen Vermessungen beauftragte Ingenieurbüro mit. Es ist jeweils zu beachten, dass die durchgeführte Vermessungsleistungen gemäß Ril 883 unabhängig voneinander ausgeführt werden.

0.2.32.3 Lichtraummessung (und Engstellendokumentation)

Allgemein:

Die Engstellendokumentation ist die Grundlage für die Überprüfung außergewöhnlicher Transporte (Lü-Sendungen). Sie spiegelt die aktuelle Lage des Gleises im Bezug zu ortsfesten Anlagen zum Zeitpunkt der Messung wider. Durch Gleis- und Weichenerneuerungen wird die Gleislage verändert, wodurch das Engstellenverzeichnis seine Gültigkeit verliert. Daher ist nach Abschluss der Baumaßnahme

das Engstellenverzeichnis zu aktualisieren. Die Grundlage für die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten bilden die Richtlinien 458, 809, 883 und 885.

Leistungen des AN:

Die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten ist nach Richtlinie 883.7400 durchzuführen. Das mit der Bestandsdokumentation beauftragte Ingenieurbüro hat sich im Vorfeld der Messung mit der Abteilung Datenmanagement in Verbindung zu setzen, um die erforderlichen Schritte abzustimmen (Grundlagen für die Bestimmung der Nachbargleisbedingungen, Erfassungsrichtung Knoten-Kantenmodell aus DB-GIS, „Lü-Gleise“, Koordinaten). Die der Datenbankstruktur bei Datenmanagement entsprechenden Ergebnisse der Lichtraumbestandsdokumentation sind vom AN mit einer unterschriebenen Prüfungs- und Eignungsbestätigung an die Abteilung Datenmanagement zu übergeben.

0.2.33 Ergänzende Ausführungsbestimmungen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

Beistellung Maschinen / Geräte / Arbeitszüge / Logistik

Der AG stellt keine Maschinen / Geräte / Arbeitszüge und / oder Logistik bei.

Sämtliche zur Baudurchführung notwendigen Geräte und Maschinen stellt der AN. Sämtliche Aufwendungen sind in die Einheitspreise der Umbaupositionen einzurechnen.

Arbeitszüge bestehend aus Lok, Wagen und Lokführer sind vom AN zu stellen. Sämtliche gleisfahrbaren Baumaschinen und Arbeitszüge sind mit Rangierbegleiter des AN zu besetzen. Es ist die Ril 408 durch den AN zu beachten.

Der Az-Führer des AN hat die Befähigung nach den Bestimmungen der DB AG nach-zuweisen und sich die notwendigen Orts- und Streckenkenntnisse anzueignen.

Die Planung, Organisation und Durchführung der Logistik für sämtliche Transporte und Abläufe im Zusammenhang mit den in diesem LV beschriebenen Leistungen vom Tarifbahnhof / vom Zwischenlager bis zur Baustelle und zurück ist Sache des AN und in die Einheitspreise der Leistungspositionen der Logistik / Logistiker einzurechnen.

Nachfolgend beschriebene Leistungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die Position Baustellenlogistik einzurechnen:

- Erstellung Fahrplan
- Der An- und Abtransport leerer bzw. beladener Wagen ist mit den notwendigen Papieren durchzuführen (Begleitscheine, Übernahmescheine, Frachtpapiere, Entsorgungsnachweise usw. inkl. der Bezeichnung der Wagen). Eine Kopie der Frachtpapiere ist dem AG zu übergeben.
- Der AN hat vollständig entladene Wagen unverzüglich in ein dafür zugelassenes Gleis in der definierten Übergabestelle versandfertig sowie besenrein bereitzustellen. Die

Wagenfreimeldung hat an das Kundenservicecenter Duisburg (Rufnummer 010802 000517) zu erfolgen. Anfallende Wagenstandsgelder wegen verspäteter Meldung gehen zu Lasten des AN.

- Vom AN zu liefernde Stoffe sind frei Baustelle zu liefern einschl. eventuell notwendiger Zwischenlagerung, Umladung und Zwischentransporte.
- Die Beistellung der Oberbaustoffe durch den AG an der Güterverkehrsstelle erfolgt mit schienengebundenen Fahrzeugen.
- Örtliche Einweisung der Personale. Kosten werden nicht gesondert vergütet.
- Be- und Entladen von Bahnwagen einschl. Beseitigung von Hindernissen (Stirn- und Seitenrungen) sowie straßengebundenen Fahrzeugen auf einem Lagerplatz des AG und / oder Lagerplatz nach Wahl des AN.
- Verunreinigungen beim Be-, Um- und Entladen im Gleisbereich und auf Wegen / Straßen sind sofort zu beseitigen.
- Die Teilnahme des Logistiklers an der Betrabesprechung ist erforderlich.
- Durch den AN sind im Rahmen der Feinabstimmung des Mlap besondere Hinweise zu den erforderlichen Laderichtungen des Oberbaumaterials, welches durch den AG beige-stellt wird, schriftlich zu benennen.

Lärmpegel

Mit dem Angebot sind verbindliche Angaben zu den Lärmpegeln der einzusetzenden Maschinen (Lärmpegel-Messblätter sind beizulegen) zu machen.

Dies gilt nicht nur für alle Maschinen des AN, sondern auch für alle Maschinen der vorgesehenen Subunternehmer / Nachauftragnehmer. Die Nachauftragnehmer sind verbindlich zu benennen. Für die Maschinen der NAN sind ebenfalls Lärmpegel-Messblätter bereits mit dem Angebot vorzulegen.

Trennen der Fahrschienen

Werden die Fahrschienen an vorhandenen Schweißungen aufgetrennt und wiederverwendet, dann sind die aufgetrennten Schweißungen zu schälen.

Stapelhölzer

Stapelhölzer für die Schwellen gehen in das Eigentum des AN über, können jedoch beim Verladen der Altschwellen verwendet werden. Die Kosten sind in die Einheitspreise der Leistungspositionen einzurechnen.

Rostschutzmittel

Gemäß Ril 824.5050 ist im Rahmen des Gleis- bzw. Weichenumbaus zur Gangbarhaltung der Verschraubung bei den Schienenbefestigungsarten K bzw. KS vor dem ersten Verspannen ein zugelassenes Rostschutzmittel auf die Verschraubung aufzubringen. Diese Leistung wird nicht gesondert vergütet und ist in die Einheitspreise des Einbaus einzurechnen.

Dies gilt auch für die Bereiche, in denen eine Anschlussstopfung durchgeführt wird.

Vorhandene Anlagen

Die vorhandenen Anlagen im Baubereich sind zu sichern.

Schweißaufsicht

Bei Arbeiten im lückenlosen Gleis nach Richtlinie 824.5010 muss stets ein nach Ril 826.1030 geprüfter Fachbauleiter an der Baustelle anwesend sein. Dieser fertigt die Niederschrift über den Spannungsausgleich (Vordruck 824.5010.01 bis 824.5010.03). Den Bau-/Fachbauleiters stellt der Auftragnehmer.

Die Schweißüberwachung wird durch den AG gestellt.

Definitionen

Das vorliegende Leistungsverzeichnis stützt sich auf folgende Ansätze:

Der **Weichenschwellensatz** beinhaltet alle Schwellen vom Weichenanfang bis zum Weichenende und sämtliche Ausbinderschwellen (Langschwellen und Kurzschwellen) nach dem Weichenende, sowie die zugehörigen Weichenschwellen vor dem Weichenanfang.

Die **Weichenfahrbahn** beinhaltet die komplette Fahrbahn (Schienen) vom geometrischen Weichenanfang bis zum geometrischen Weichenende.

Die **Baulänge der Weiche** ergibt sich aus der geometrischen Länge zuzüglich dem maximalen Ausbinderteil (für eine 190er Weiche ergibt sich demnach $2\text{ m} + 27\text{ m} + 8\text{ m} = 37\text{ m}$).

Der **Ausbinderteil** der Weiche beinhaltet die Weichenschwellen nach Weichenende (Langschwellen und Kurzschwellen).

Das **Kleineisen** beinhaltet das Schienenkleineisen und das Schwellenkleineisen (einschließlich der Zwischenlagen).

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer eine vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

keine besonderen Anmerkungen

0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und besonderen Leistungen

0.4.1 Nebenleistungen

Bleibt frei

0.4.2 Besondere Leistungen

siehe Leistungsverzeichnis

0.5 Technische Bearbeitung

0.5.1 Ausführungsunterlagen

keine besonderen Anmerkungen, siehe auch BVB Pkt. 16.2 „Planunterlagen“

0.5.2 Bestandsunterlagen und Dokumentation

Keine besonderen Anmerkungen

0.5.3 Bauzeitenplan (Konkretisierung zu BVB 16.2)

Bauablaufplan des Bieters/Betriebsablaufplan:

Mit Angebotsabgabe ist als Terminplanung der Bauablaufplan des Bieters (entspricht dem „Bauzeitenplan“ in den BVBs) in Form einer Zeit-Wege-Darstellung gemäß Ril 823, z. B. nach dem System der Sperrpausenoptimierung (SOG-Plan) – auf der Grundlage des Rahmenterminplans der Ausschreibungsunterlagen – einzureichen.

Bei der Planung der internen Baulogistik bzw. der beim AN ggf. zusätzlich beauftragten schienengebundene Transporte sind die Streckenöffnungs- und Pausenzeiten der betroffenen Betriebsstellen / Streckenabschnitte zu beachten. Diese sind im Infrastrukturregister der DB InfraGO AG (Internetauftritt der DB InfraGO AG: <http://www.dbinfra.go.com/web/schienennetz/netzzugang-und-regulierung/infrastrukturregister>) veröffentlicht.

Der Bauablaufplan ist mit aktualisiertem Stand zu den Besprechungen (T1 / T12) in jeweils 10-facher Ausfertigung vorzulegen. Des Weiteren ist der abschließend genehmigte Bauablaufplan ebenfalls in 10-facher Ausfertigung 2 Wochen vor Baubeginn als Datei und in Papierform gemäß Verteilerliste des AG zu verteilen.

In den jeweiligen Einheitspreisen der Bauleistungen sind weiterhin folgende Leistungen enthalten:

- Darstellung des Soll-Ist-Vergleiches im Bauablaufplan während der Bauausführung und Aufzeigen des kritischen Weges
- Erstellung und Dokumentation aller für die Abnahme gemäß Ril 824 erforderlichen Unterlagen und Erhebungen.

Betriebsablaufplan

Zum Zeitpunkt der T12-Besprechung (lt. Ril. 823.0150 Baudurchführungsbesprechung) muss der auf den vertraglich vereinbarten Bauzeitenplan abgestimmte, genehmigungsfähige Betriebsablaufplan vorliegen.